

Amt Brück - Der Amtsdirektor -

Eingang im Sitzungsbüro:

Beschluss-Nr.: Br-20-459/24

Aktenzeichen:

Amt: Finanzen

Datum: 10.01.2024

Version: 1

zu behandeln in:

öffentlicher Sitzung

nicht öffentl. Sitzung

X

Betreff:Haushaltssatzung der Stadt Brück für das Jahr 2024**Kurzinfo zum Beschluss****Finanzielle Auswirkungen: Ja**

Gesamtkosten: € Jährliche Folgekosten: €

Finanzierung Eigenanteil: € Objektbezogene Einnahmen: €

Haushaltsbelastung: €

Veranschlagung: **Nein** mit €

Produktkonto: FinanzH: ErgebnisH:

geprüft und bestätigt:_____
Unterschrift Kämmerer**geprüft und bestätigt:**_____
Amtsleiter_____
Amtsdirektor

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen
AFSV	1	22.01.2024					

☐ Weitere Beratungsfolgen auf der 2. Seite
Unterschrift / Datum:_____
Vorsitzender der SVV

Beschluss-Nr.: Br-20-459/24

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die

Haushaltssatzung der Stadt Brück für das Haushaltsjahr 2024

auf der Grundlage des § 67 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18.12.2007 (GvbL. I S. 286)

Unterschrift / Datum:

Vorsitzender der SVV

Begründung

Der Haushaltsplan wurde im Ergebnis der Beratungen des Ausschusses für Finanzen, Soziales und Verwaltungszusammenarbeit erarbeitet.

Im Ergebnishaushalt wird für das Jahr 2024 ein Fehlbetrag von 1.339,8 T€ ausgewiesen. Dieser Fehlbetrag kann aus der Rücklage des ordentlichen Ergebnisses gedeckt werden, so dass der Haushaltsausgleich gegeben ist.

Im Saldo der laufenden Verwaltungstätigkeit wird ein Defizit von 334,1 T€ ausgewiesen. Auch in den Folgejahren decken die Einzahlungen nicht die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit einschließlich der Tilgungsverpflichtungen. In den Jahren 2024 bis 2027 soll die laufende Verwaltungstätigkeit mit insgesamt 800 T€ aus dem Wohnungswesen gestärkt werden. Der geplante Kaltmietenabzug im Jahr 2023 über 550 T€ wurde nicht in Anspruch genommen.

Die Investitionstätigkeit wird mit 103,4 T€ bezuschusst. Im Jahr 2026 ist zur Finanzierung der Investitionen eine Kreditaufnahme über 1.100 T€ abgebildet. Sofern aus dem Saldo der laufenden Verwaltungstätigkeit die Tilgungsleistungen nicht erwirtschaftet werden können, wird die Aufstellung eines freiwilligen Haushaltssicherungskonzeptes - verbunden mit Steuererhöhungen - unumgänglich sein.

Die Haushaltssatzung 2024 ist nicht genehmigungspflichtig.